Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der rote Stern / Der kommun. Genossenschafter / Wirtschaftl. Rundschau / Der proletarische Kulturkampf / Für unsere Frauen / Energie

Bezugspreis monatl. frei Haus 2,50 M. (halbmonatl. 1,25 M.), durch die Post bezogen monatl. 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-A. 1 / Geschäftsstelle u. Expedition Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Postscheckkonto: Dresden Nr. 15690, Dresdner Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwochs 16–18 Uhr, Sonnabends 13–14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,35 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Reklamezeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Textseite 1,50 RM. Anzeigen-Annahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

Jahrgang 5. | Dresden, Montag den 4. März 1929 | Nummer 53

Millionen ohne Arbeit und Brot!

Reichserwerbslosentag am 6. März

Ueber drei Millionen Arbeiter sind erwerbslos. 15 Millionen werden durch Kurzarbeit betroffen. Die Wirtschaftsdepression des vergangenen Jahres droht, in eine Krise umzuschlagen. Eine neue Welle der Rationalisierung steht bevor. Diese Massenarbeitslosigkeit ist von einem ungeheuren sozialen Elend begleitet. Die Herrschaft der Reaktion entzieht allen, die aus dem Produktionsprozeß ausgeschlossen sind, die lebensnotwendige Unterstützung.

Nur ein kleiner Prozentsatz der Arbeitslosen ist für einige Wochen vor der größten Not geschützt. Ueber 2 Millionen Arbeitslose erhalten entweder gar keine Unterstützung oder eine so geringfügige, daß diese zum Leben nicht ausreicht.

Das Reich, die Länder und die Kommunen denken gar nicht daran, eine umfassende Hilfsaktion durchzuführen. Im Gegenteil. Dort, wo die Arbeitslosen Forderungen erheben und für diese demonstrieren, werden sie durch Polizeiattacken auseinander getrieben. Bei den Abstimmungen in den Parlamenten ist eine festgefügte Einheitsfront von den Deutschnationalen bis zu der Sozialdemokratischen Partei vorhanden, die sich gegen die Forderungen wendet. Die Sozialdemokratische Partei versucht, ein demagogisches Spiel zu treiben. Wo in den Parlamenten die Kommunistischen Vertreter für die Interessen der Erwerbslosen eintreten, werden sie durch die Polizei unter dem Jubelgeheul der deutschnational-sozialdemokratischen Einheitsfront aus den Sitzungen entfernt.

Nicht nur durch gesetzliche Beschlüsse werden die Arbeiter um ihre Rechte betrogen. Durch besondere Anweisungen sind die reaktionären Arbeitsämter angewiesen worden, brutal und rücksichtslos gegen die Arbeitslosen vorzugehen. Ein ungeheures Terrorregime ist vorhanden. Selbst die bescheidensten Rechte werden den Arbeitslosen geraubt, die Polizeimaßnahmen und diktatorischen Bestimmungen durch eine Unterdrückungsoffensive gegen die Arbeitslosen durchführt. Die Forderung nach Arbeit und Brot beantwortet der Hungerminister Wissell, die Schlichtungsbehörden und die Gewerkschaftsführer damit, daß sie durch Schiedssprüche und Vereinbarungen überall den 9- und 10-Stunden-Tag sanktionieren und sich gegen jede Arbeitszeitverkürzung aussprechen. Jeder Kampf der Arbeiter wird niedergeknüppelt oder durch den sozialdemokratischen Streikbruch der sozialdemokratischen Führer zerstört. Zu gleicher Zeit bereiten die Gewerkschaftsführer Massenausschlüsse und Spaltung vor, um die Kampfkraft der Arbeiter zu lähmen.

Wissell hat einen Arbeitsschutz-Gesetzentwurf eingebracht, für die Beibehaltung und Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit, die bis auf 16 Stunden gesteigert werden darf. So beantwortet die Sozialdemokratie die Forderung nach einem Arbeitsbeschaffungsprogramm und Einreihung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß.

In den Betrieben der Länder, Städte und Kommunen ist kein Achtstundentag vorhanden. Millionen Ueberstunden werden alljährlich von den Arbeitern erzwungen.

Alle Forderungen in den Betrieben der Gemeinden und Länder auf Verkürzung der Arbeitszeit werden von der Sozialdemokratie und den bürgerlichen Parteien abgelehnt.

In demselben Zeitabschnitt rüstet die deutsche Bourgeoisie für einen neuen Krieg, überall wird die Rüstungsindustrie aufgebaut, ungeheure Subventionen für die Herstellung und Vorbereitung des Kriegsmaterials ausgegeben. Die Sozialdemokratie, die bei den Maiwahlen immer wieder das feierliche Versprechen abgegeben hat, „gegen Panzerkreuzer und für die Arbeitslosen" zu sein, hat in der Zeit ihrer Regierungstätigkeit nicht nur den Bau von Panzerkreuzern bewilligt, sondern einen 700-Millionen-Etat für die Reichswehr und einen fast ebenso hohen für die Polizei aufgestellt. Sie ist bereit, viele Millionen der Kirche, den Industrien und den Krautjunkern zuzuschanzen. Sie erhöht die Steuern für die werktätigen Massen und baut die Ausgaben für die Sozialpolitik ab. Sie hat es abgelehnt, trotz der Winternot, die schon im Juli vergangenen Jahres beschlossene Verbesserung der Krisenfürsorge durchzuführen und den Erwerbslosen eine Winterbeihilfe zu geben.

Sie gibt Hunderte von Millionen der Reaktion, aber nur wenige Bettelpfennige den Millionen Arbeitslosen.

Eine neue Welle der Rationalisierung steht bevor. Die Unternehmer wollen die Leistungen der Arbeitnehmer noch in die Höhe schrauben und alle dadurch überflüssig werdenden Arbeiter auf die Straße werfen. Sie rechnen darauf, die Arbeitslosen als willfährige Lohndrücker oder gar als Streikbrecher zu bekommen.

Seit Monaten kämpfen die Arbeitslosen in allen Teilen des Reiches gegen ihre wachsende Verelendung. In machtvollen Kundgebungen, Demonstrationen und Konferenzen haben die Erwerbslosen bewiesen, daß sie ganz genau die politischen Zusammenhänge begreifen und bereit sind, alle Kräfte für den Kampf der Arbeiter zu mobilisieren. Sie haben immer wieder erklärt, an Seite der betriebstätigen Proletarier gemeinsam den Kampf für Arbeit und Brot, gegen die Hungerregierung und das kapitalistische System zu führen. Die Erwerbslosenausschüsse haben eine große politische Erziehungsarbeit geleistet und die Kampffähigkeit der Arbeitslosen gesteigert. Die Gewerkschaftsbureaukratie verfolgt mit einem blinden Haß diese revolutionäre Tätigkeit. Die sozialdemokratischen Bureaukraten wissen, daß dadurch ihre Koalitionspolitik gefährdet wird. Sie sehen, daß durch das Bündnis der Betriebstätigen mit den Erwerbslosen und die gemeinsamen Kundgebungen eine neue revolutionäre Welle entsteht, die eine Gefahr für den kapitalistischen Staat ist. Aus diesen Gründen werden die Arbeiter aus den Gewerkschaften ausgeschlossen und versucht, sie mit Drohungen, Denunziationen und Entrechtung von ihrer revolutionären Tätigkeit abzuhalten. Kein ehrlicher Arbeiter wird sich den Drohungen der Gewerkschaftsbureaukratie fügen. Durch Mobilisierung der breiten Massen muß diese Spaltung bekämpft werden.

Die Arbeiter stehen vor neuen Kämpfen. Eine neue schärfere Etappe der **Auseinandersetzungen mit der Reaktion** beginnt. In dieser Situation **kämpfen die Millionen** der Arbeitslosen mit den **betriebstätigen Arbeitern und** der revolutionären Gewerkschaftsopposition **für das gemeinsame Ziel: Arbeit und Brot!**

Die Arbeitslosen haben **das Recht, Arbeit oder ausreichende Unterstützung** zu verlangen. **Die deutsche Bourgeoisie** hat mit Unterstützung **der Sozialdemokratie aus** Deutschland **das Rekordland der Selbstmorde gemacht.**

Der Reichserwerbslosentag soll **den gemeinsamen Aufmarsch und aktives Auftreten der Millionen Arbeitslosen und Betriebsarbeiter bringen. Er ist eine Kampfansage an die politische und wirtschaftliche Reaktion, der Auftakt zu neuen, großen Auseinandersetzungen mit der Bourgeoisie und dem Klassenstaat.**

Am 6. März müssen in jedem Ort, in jeder Stadt Kampfkundgebungen durchgeführt und die Bereitschaft demonstriert werden, die Offensive des Unternehmertums mit stärkeren Gegenschlägen der Einheitsfront der kämpfenden Arbeiterklasse zu beantworten.

Wir appellieren an alle Erwerbslose und ihre Ausschüsse. Wir wenden uns an die Betriebsräte und Belegschaften, wir fordern die Gewerkschaftsopposition und alle proletarischen Massenorganisationen auf, alle mitzuhelfen an diesem gewaltigen Aufmarsch und Bekenntnis zum Kampf. Wir demonstrieren am 6. März:

Für Arbeit und Brot!
Für ausreichende Arbeitslosenunterstützung!
Gegen das Arbeitslosenverelendungsgesetz!
Gegen die Kampfsabotage der reaktionären Gewerkschaftsbureaukratie und ihre Spaltungs- und Ausschlußmaßnahmen!
Gegen Polizeiwillkür und Belagerungszustand!
Gegen die Hungerpolitik der sozialdemokratischen Hungerregierungen des Reichs und der Länder!
Gegen das arbeitszeitverlängernde Schlichtungssystem!
Gegen das Ueberstundenwesen und für den Kampf für den Siebenstundentag!
Gegen die Koalitionsregierung und ihre Kriegsrüstungen!
Für den revolutionären Klassenkampf!
Für den Sieg der Arbeiterklasse!

Reichsausschuß der Erwerbslosen.

Neue kommunistische Massenkundgebungen in Berlin

Polizeibrutalitäten / Verhaftung einer kommunistischen Agitationstruppe

Berlin, 4. März. (Eig. Drahtmeldung.)

Die Kommunistische Partei veranstaltete gestern in 4 verschiedenen Sälen Berlins Kundgebungen zur Feier des 10jährigen Bestehens der 3. Internationale. In der Plaza waren das Parkett und die Ränge dicht besetzt. Das Rote Sprachrohr zeigte sein neuestes Programm, von den Berliner Arbeitern stürmisch begrüßt. Genosse Schneller zeigte dann in seinem Referat die geschichtliche Entwicklung auf, die zur Gründung der 3. Internationale vor 10 Jahren geführt hat. Am Schluß der Kundgebung wurde mitgeteilt, daß das Rote Sprachrohr vom Auto weg verhaftet worden sei, weil es seine rote Fahne mit sich führte. Der Anwesenden bemächtigte sich eine berechtigte Empörung, die noch gesteigert wurde durch das unerhört provokatorische Benehmen der Polizei nach Schluß der Kundgebung, die es darauf abgesehen hatte, Zusammenstöße herbeizuführen. Die Beamten des Ueberfallkommandos fuhren in rücksichtsloser Weise in die dicht stehenden Massen hinein. Als ein Betrunkener, offenbar ein Agentprovokateur, über die Straße torkelte, hieb ein ganz junger Beamter auf die vorbeiflutenden Massen ein. Das war das Signal für ein allgemeines Vorgehen der Polizei. Die in der Hauptzahl jungen Beamten drangen in den Vorraum der Plaza und schlugen jeden, der ein proletarisches Abzeichen trug, nieder. Selbst vor Frauen und Kindern wurde nicht Halt gemacht. Der leitende Polizeileutnant ließ die Revolver entsichern und nur der Disziplin der Arbeiterschaft ist es zu verdanken, daß es nicht zu einem Blutbad kam. Die Besucher der Nachmittagsveranstaltung in der Plaza konnten nicht in das Varieté gelangen. Nur wer sich eine Autotaxe mietete, hatte Aussicht, ohne Gummiknüppelhiebe über den Platz zu kommen. Reichstagsabgeordneter Genosse Schneller begab sich sofort auf das zuständige Revier, wo man ihm ausdrücklich bestätigte, daß die Genossen vom Roten Sprachrohr nur wegen der roten Fahne verhaftet worden seien. Bis zur Stunde sind die Genossen vom Roten Sprachrohr und die anderen zahlreichen willkürlich aus der Menge heraus verhafteten Arbeiter noch nicht wieder freigelassen.

In Lichtenberg hatten sich die Arbeiter und Arbeiterinnen im Schwarzen Adler in der Frankfurter Allee eingefunden. Im Mittelpunkt stand eine wirkungsvolle Rede des Genossen Willi Münzenberg.

Die Gedächtnisfeier im Kristallpalast hatte einen glänzenden Besuch von seiten der Weddinger Arbeiterschaft zu verzeichnen. Die Darbietungen des Berliner Schubertchores sowie eines russischen Balalaikaorchesters umrahmten die Feier und fanden starken Beifall. In seiner Ansprache gab der Genosse Heinz Neumann einen kurzen Ueberblick über die Geschichte und die harten Kämpfe der Kommunistischen Partei und der Kommunistischen Internationale. Er brandmarkte besonders die Renegaten der Partei, die bei der Sozialdemokratie gelandet oder auf dem Wege zu ihr sind. Die Kommunistische Partei steht im unversöhnlichen Kampf gegen die Opportunisten und wird gemeinsam mit dem klassenbewußten Proletariat den letzten Sieg erkämpfen.

In den überfüllten Germaniasälen in Charlottenburg sprach Genosse Schiller. Erich Weinert rezitierte den Prolog „10 Jahre Komintern". Mit dem Gesang der „Internationale wurde die machtvolle Kundgebung geschlossen.

Die Volkspartei fordert Streichung der Erwerbslosen-Fürsorgemittel

Berlin, 4. März. (Eig. Drahtmeldung.)

Die Welt am Montag erfährt aus parlamentarischen Kreisen, daß der Reichsfinanzminister in den nächsten Tagen mit Vertretern der Volkspartei über die von ihr geforderten Streichungen zum Etat verhandeln werde. Die Volkspartei fordert vor allem neben der Verkürzung der Sonderüberweisungen und Abstrichen im Etat des Luftverkehrs und der Kanalbauten die Streichung der Ausgaben für die produktive Erwerbslosenfürsorge. Nachdem wird der Reichsfinanzminister auch mit den anderen Fraktionen über den Etat verhandeln. Zunächst scheint eine Verständigung noch fraglich, da die Volkspartei auch den völligen Verzicht auf neue Steuern fordert.

*

Das Wesentliche dabei ist jedoch, daß an die Regierung, in der Sozialdemokraten ausschlaggebend sind, überhaupt solche schamlose Forderungen gestellt werden können. So schätzen die Vertreter des Trustkapitals die „Arbeitervertreter" ein. Daß sie sie richtig einschätzen als Verräter an den Forderungen und Interessen der Arbeiterklasse, hat die Vergangenheit gezeigt, beweist die Gegenwart und wird noch mehr die Zukunft erweisen. Werden daraus die sozialdemokratischen Proleten in den Betrieben bald die Schlußfolgerungen ziehen?